

Zusammen Mehr

Vieles ist neu beim Einstieg in die Kampagne für die kantonalen Wahlen 2027: Unser Name, unsere Top-Sharing-Kandidatur für den Regierungsrat oder die zahlreichen neuen Namen auf den Listen für den Kantonsrat.

Den Rückblick auf die für die AL negativ verlaufenen Nationalratswahlen 2023 habe ich unter den Titel gestellt «reculer pour mieux sauter» – einen Schritt zurück machen, um besser abspringen zu können. Diesen «Schritt zurück» haben wir gemacht und für zahlreiche Veränderungen im Hause AL genutzt, um uns auf die kantonalen Wahlen im Frühjahr 2027 vorzubereiten.

Basisarbeit wirkt im Parlament

Der neue Slogan «Radikal Sozial» in plakativer Schrift auf leuchtendem Magenta hat sich eingeprägt und uns viele positive Rückmeldungen gebracht – auch von anderen Parteien. Dass wir im eingespielten Polit-Gottesdienst regelmässig die Stacheln ausfahren, wird im neuen Igel-Maskottchen versinnbildlicht. Es ist gelungen, unsere politischen Inhalte in Arbeitsgruppen weiterzuentwickeln und über Aktionen in die Quartiere hinauszutragen. Die zahlreichen #Reclaim-Wiedikon-ChreisCheib-ZüriNord Rundgänge zum Aufdecken der Airbnb-Missstände in der Stadt Zürich sind ein gelungenes Beispiel dafür. Inputs aus den Arbeitsgruppen fliessen auch nahtlos in die parlamentarische Arbeit ein. Die Gemeinderatsdebatte über die neuen, an der Urne deutlich angenommenen Stadtzürcher Hochhausrichtlinien wurde massgeblich von den Anträgen der AL bestimmt, zu denen die AG Wohnen & Planung die Basis gelegt hat.

Gemeinderatswahlen machen Mut

Bei den Stadtzürcher Wahlen in diesem Frühjahr ist es uns gelungen, als Gemeinschaft aus ganz vielen Aktivist:innen eine bereichernde, lebendige und engagierte Kampagne zu führen. In Dietikon konnten wir unseren Sitz komfortabel verteidigen, in Winterthur haben wir einen dazugewonnen.

Die Nachwahl-Umfrage von Sotomo zeigt viele positive Punkte auf: Für 20 % der Wähler:innen war die Stadtrats-Kampagne von Tanja Maag einer der Wahlgründe (Platz 2 aller Kandidierenden). 11 % der 18-35-Jährigen haben die AL in den Gemeinderat gewählt, in den übrigen Altersgruppen liegt dieser Wert bei 5 %. Das zeigt, dass unsere Kampagnen jüngere Menschen ansprechen. Als Grund für die Wahl der AL nennen 52 % der Wählenden die hohe Glaubwürdigkeit. Das ist mit Abstand Platz 1 unter allen Parteien. Und 40 Prozent bezeichnen die gute Arbeit im Parlament als Wahlgrund. Das macht Mut für die anstehenden Kampagnen.

Top-Sharing im Regierungsrat

Mit der Doppelkandidatur von Nicole und Melanie und dem Postulat nach Top-Sharing setzen wir einen eigenen Schwerpunkt im Regierungsratswahlkampf und beflügeln die Phantasie, dass Arbeitsteilung in politischen Führungspositionen möglich ist. Für die kleine Performance bei der Vorstellung ihrer Kandidatur bei der SP haben die beiden spontanen Szenenapplaus bekommen. Top-Sharing ist ein Modell, nach dem sich Hunderte von Führungskräften sehnen, ohne dass sie je wagen, es auszusprechen. Melanie und Nicole werden eindrücklich vorzeigen, wie ihr Modell es möglich macht, Politik und Regierungsarbeit lebensverträglicher zu gestalten.

Pole-Position in der Wohnpolitik

Inhaltlich sind wir gut aufgestellt, unsere Bilanz kann sich sehen lassen. In der Wohnpolitik setzt die AL die entscheidenden Akzente. Mit dem jetzt vom Bundesgericht nach 16 Jahren Kampf abgesegneten Airbnb-Verbot in Wohngebieten. Und mit unserer städtischen Initiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben», die zusätzliche bauliche Ausnützung nur zulässt, wenn dafür in vollem Umfang preisgünstiger Wohnraum in Kostenmiete erstellt wird. Darüber stimmen wir voraussichtlich im Februar 2027 ab. Das Booklet zu den kantonalen

Parolen

Abstimmungen 29. November 2026

Bund

Nein Zusatz- finanzierung AHV

Ja Feuerwerk- Initiative

Nein Ehepaar- Besteuerung

Nein Kriegs- materialgesetz

Stadt Zürich

Nein Initiative Alters- wohnungen Stimmfreigabe Gegenvorschlag

Mehr zu den Parolen auf der AL-Website

Wahlen (siehe Beilage) skizziert inhaltliche Schwerpunkte und ist nüchtern und sachlich gehalten. In der aktiven Wahlkampagne werden wir pointierter auftreten. Bei jedem Thema wird der Igel ein paar argumentative Stacheln ausfahren. Dabei werden wir auch die in der Gemeinderats- und weiteren Sachkampagnen erreichte Präsenz in den sozialen Medien als Resonanzverstärker nutzen. Auch die Aktionen vor Ort sollen nicht zu kurz kommen.

S'Igeli isch parat!

♥ Christian Häberli, *Leiter Wahlgruppe*

Termine

Dienstag 27. Oktober, 19.00 Uhr:

Vollversammlung der AL Zürich im Gemeinschaftsraum der Hellmi-Siedlung an der Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich.

Samstag 7. November, 19.00 Uhr:

Sause zum Auftakt der Kampagne für die kantonalen Wahlen 2027.

Montag 9. November, 19.00 Uhr:

Treffen der Arbeitsgruppe Wohnen und Planung im Raum Flex 3, Siedlung Kalkbreite, Kalkbreitestrasse 6, 8003 Zürich.

Donnerstag 12. November, 19.00 Uhr:

Treffen der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziales im AL-Sekretariat, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich.

Dienstag 24. November, 19.00 Uhr:

Vollversammlung der AL Zürich im Gemeinschaftsraum der Hellmi-Siedlung an der Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich.

Donnerstag 30. November, 18.30 Uhr:

Treffen der Bildungsgruppe im AL-Sekretariat, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich.

Save the Date: 5. Februar 2026

Noch dürfen wir nicht mehr verraten, aber die Gerüchteküche brodelt.

Alle AL-Termine sind abrufbar unter: www.al-zh.ch

Rochade im Gemeinderat

Im April 2026 hat David Garcia Nuñez das Kantonsratsmandat für den Kreis 4/5 von der zurückgetretenen Lisa Letnansky übernommen. Seither amtierte er als AL-Gemeinderat und -Kantonsrat (siehe AL-Info 2/26). Mit der Übernahme der Leitung des neuen Universitären Zentrums für Geschlechtervarianz am Universitätsspital Basel ist die Belastung durch Beruf und Politik zu gross geworden. David hat sich deshalb aus dem Stadtzürcher Parlament zurückgezogen. David trat 2017 für den Wahlkreis 4/5 in den Gemeinderat ein, wo er von 2022 bis 2026 auch als Co-Präsident der AL-Fraktion amtierte. Zu seinen politischen Erfolgen gehören die kostenlose medizinische Grundversorgung von Sans-Papiers, die Kostenübernahme von Dolmetscher:innen in Spitälern, die Einführung von «Sozialen Rezepten» oder die Lancierung des ersten Aktionsplans Trans*.

Das Gemeinderatsmandat der AL für den Kreis 4/5 hat nach der Sommerpause Isabel Maiorano übernommen. Aufgewachsen im Zürcher Unterland, lebt Isabel seit rund



Die AL-Gemeinderatsfraktion (v.l.n.r.): Moritz Bögli, Michael Schmid, Tanja Maag, Susan Wiget, Isabel Maiorano, Sophie Blaser, Mischa Schiowow und Christian Häberli (Bild: AL).

30 Jahren in der Stadt Zürich, wo sie auch als Schulsozialarbeiterin tätig ist. Isabel wird mit ihrer Erfahrung aus zehn Jahren im AL-Vorstand und noch viel mehr Jahren politischem Aktivismus eine Bereicherung für die AL-Fraktion und den gesamten Gemeinderat sein. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Bildung, Wohnen und Gleichstellung.

Wir danken David für seinen unermüdlichen Einsatz und wünschen Isabel einen guten Start, viel Freude, Kraft und Erfolg.

Personelles

Vorstand

An der AL-Mitgliederversammlung (MV) im Mai wurde Claudio Baldi neu in den AL-Vorstand gewählt. Zusammen mit Daniel Gnägi, Christian Häberli, Roman Hugentobler, Judith Stofer und Nicole Wyss hat die MV den AL-Vorstand in corpore einstimmig bestätigt. Walter Angst und David Garcia Nuñez sind nicht mehr angetreten. Beide haben die AL in den vergangenen Jahren mit viel Engagement und Leidenschaft mitgetragen und mitgeprägt. Vielen herzlichen Dank.

Sekretariat

Seit Anfang Oktober unterstützt Polly Stillhart das AL-Seki für sechs Monate als Praktikantin. Polly besucht die Fachmittelschule an der Kanti Zürich Nord, Profil Kommunikation und Information ab. Schön bist du an Bord, Polly!

KSB und weitere Mandate

Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen ist es zu mehreren Wechseln in den Kreisschulbehörden (KSB) gekommen. Folgende Mandatsübernahmen sind zu verzeichnen: In der KSB Letzi übernimmt Regula Fischer von Elisabeth Schuler, in der KSB Uto Ketty Ghnassia von Robin Müller und in der KSB Waidberg Diego Gehrig von Corina Fistarol.

Nach 16 Jahren in der KSB Zürichberg übergibt Edi Böni sein Mandat an Melanie Berner. Das zusätzliche Mandat in der KSB Glatttal übernimmt Jana Angst. Ihr Mandat weiter ausführen werden Markus Müller (KSB Letzi), Nicole Wyss, Eva Isberg und Mias Romanelli (alle KSB Limmattal), Claudio Baldi (KSB Schwamendingen), Monique Honegger (KSB Uto) und Gregor Mägerle (KSB Waidberg). Brigitte Allenbach bleibt in der Schulkommission der Fachschule Viventa. In der Musikschulkommission übernimmt Urs Egli nach insgesamt 10 Jahren das Mandat von Mike Chudacoff. Wir danken den Zurückgetretenen ganz herzlich für ihr Engagement und wünschen allen Neuen einen guten Start.

Alternative Linke

Am 26. Mai hat die Mitgliederversammlung der AL Zürich mit 31 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Umbenennung von «Alternative Liste» in «Alternative Linke» beschlossen. Der neue Name steht für eine Partei mit einem klaren politischen Profil, die mit parlamentarischen wie nicht-parlamentarischen Mitteln gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen will. Alternative Linke steht für Aufbruch und für die konsequente Weiterführung des bisherigen Erneuerungsprozesses. Mehr dazu im Beitrag von Stefan Wyss im AL-Info 2/26.

Doppelhirn mit Doppelherz

Über eure Doppelkandidatur für die Regierungsratswahlen wurde fleissig berichtet. Würde die eine gewählt, zöge die andere mit. Den Lohn würdet ihr euch teilen, die Aufgaben so weit wie möglich ebenso. Geht das überhaupt?

Melanie: Wir kennen uns beide in der Kantonspolitik aus. Wird eine von uns gewählt, ist uns klar, dass nur eine an den RR-Sitzungen teilnehmen kann, dass es Amtsgeheimnisse gibt. Reine Repräsentativaufgaben können wir hingegen aufteilen, Projektplanungen gemeinsam angehen. Das entlastet!



Nicole Wyss (l.) und Melanie Berner (r.)

Nicole: Im Gegensatz zu den anderen Kandidierenden der jeweils gleichen Partei konkurrenzieren wir einander im Wahlkampf nicht – wir spannen zusammen. Ein Exekutivamt übersteigt ja ein herkömmliches 100%-Arbeitspensum bei weitem, du musst die anfallende Arbeit machen, auch wenn es dann 160% sind. Auch deshalb stellen wir die Frage des Top-Sharing in den Raum.

M: Wir haben uns in einer Retraite konkrete Gedanken zum Wahlkampf gemacht, uns mit allen Direktionen der Kantonsregierung befasst und uns ehrlich gefragt, wo Wissenslücken sind und wie und mit wessen Hilfe wir diese füllen können. Wir sind extrem genaue Schafferinnen mit solidem politischem Wissen und nehmen den Wahlkampf und das angestrebte Amt sehr ernst. Wir arbeiten sehr gut zusammen, vertrauen uns und inspirieren uns gegenseitig.

N: In den Exekutiven sehen wir vor allem Leute, die entweder keine Kinder haben oder diese sind bereits ausgeflogen. Oder Männer, deren Frauen sich um das Familien- und Sozialleben kümmern. Dabei sind wir beide Teil eines Beckens, in dem zu fischen sich lohnt: Wir stecken mitten im Leben, haben Berufs- und Lebenserfahrung, kennen uns im Politbetrieb aus, haben den Anspruch, das mit dem Familienleben in Einklang zu bringen ...

M: ... und wir denken radikal sozial! Das heisst auch, dass wir uns alle als Gesellschaft wieder stärker verbinden sollten – als Strategie gegen Polarisierung und Vereinzelung.

Wie sollte die kantonale Politik in euren Augen denn aussehen?

N: Bei den grossen Fragen, beispielsweise der Klimakrise, muss in allen Departementen ressortübergreifend mehr zusammengearbeitet werden, Städte und Gemeinden müssen gesamtheitlich denken und planen. Und die Bedürfnisse müssen vor der Planung bei allen abgeholt werden.

M: Verbundenheit heisst auch aufzuhören, nur das eigene Gärtchen zu bedienen. Die Menschen müssen wieder im Zentrum stehen. Niemand darf durch die Maschen fallen, dieses Prinzip muss über allem stehen. Und Projekte müssen sich daran orientieren.

Wie sähe eure ideale Gesellschaft aus?

N: Die 35-Stunden-Woche wäre für ein ganzheitliches Leben ideal. Verschiedenste Lebensbereiche – Erwerbsarbeit, Familie, Pflege von Angehörigen, soziales und politisches Engagement usw. – wären dann vereinbar. Gegen Isolation und totalen Individualismus, für mehr Miteinander und Interaktion.

M: Alle haben ein Recht auf Sozialleben. Dafür müssen wir aber auch bei den Kosten ansetzen. Die Lebenshaltungskosten sind zu hoch, namentlich die Wohn- und Gesundheitskosten.

Ihr steht beide auch auf der Wahlempfehlung von Linksrün. Die SP hat offensichtlich nichts gegen euch, denn ihr macht die Liste stärker.

M: Auf der Liste stehen die beiden von der SP, ein Grüner und wir, insgesamt fünf Namen. Es hat also genug Linien, um uns alle aufzuschreiben.

Wenn ihr im Amt seid, würdet ihr euch von Hans Witschi malen lassen? Ein Körper mit Doppelherz und zwei Köpfen vielleicht?

M: Die Eitelkeit lässt sich in diesem Kontext einfach hintanstellen.

N: Spannend, wenn wir auch hier nicht in die übliche Ahnengalerie passen!

♥ Andrea Leitner, Redaktionsmitglied

Kultur Empfehlungen



Judith Stofer empfiehlt das Buch «Landnahme» von Sara Paretsky. Argument Verlag, Hamburg 2021. Im Zentrum dieses spannenden Krimis

steht Chicago. Die Ufermeile des Lake Michigan soll mit einem Strand aufgewertet werden. Doch bald zeigt sich, dass einflussreiche politische und finanzielle Kreise sich das Land günstig unter den Nagel reissen wollen. Als Tote in einem Park gefunden werden, übernimmt Privatdetektivin und Anwältin Vic Warshawski. Sie stösst auf ein Geflecht aus Stadtentwicklung, Gentrifizierung, Gier, Rassismus und Politik – und auf das Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Demokratie und Zivilgesellschaft. Wem gehört der Boden? Wem gehört die Stadt? Fragen, die auch Zürich beschäftigen. Paretsky, eine der renommiertesten feministischen Krimiautorinnen der USA, verbindet gesellschaftspolitische Themen mit Spannung und einer ebenso liebenswerten wie toughen Protagonistin.



Amina Arn empfiehlt den Aktionsmonat gegen Rassismus im Zürcher Oberland. Anti-Rassismus im Zürcher Oberland? Und wie! Im November schliessen

sich zehn Gemeinden der Bezirke Pfäffikon, Uster und Hinwil zusammen und setzen ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus. Unter dem Slogan «Wer sind Wir» veranstaltet die IG Aktionen gegen Rassismus im Zürcher Oberland ein buntes Programm – mit Unterstützung der kantonalen Fachstelle für Integration sowie lokaler Vereine, Bibliotheken und weiterer Integrationsangebote. Zu den Highlights gehören der Workshop «Vielfalt in der frühen Kindheit entdecken und erleben» am 10. November im Singsaal des Schulhauses Watt in Effretikon, die Lesung von Thomas Meyer am 20. November in der Bibliothek Rüti sowie das Screening von «Moonlight» am 30. November im Rex-Saal im Chesselhuus in Pfäffikon. Also ab ins Züri Oberland! Eine gute Gelegenheit für alle engagierten Menschen dort, sich untereinander zu vernetzen – und für alle Stadtzürcher*innen eine Chance, den Stadt-Land-Graben zu überque(e)ren.

Alle Infos zu den Veranstaltungen während dem Aktionsmonat gegen Rassismus findet ihr auf wer-sind-wir.ch.

Kampf um Teilhabe und Bleiberecht

Voraussichtlich im kommenden Februar stimmen wir über die Demokratie-Initiative der Aktion Vierviertel ab, die einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung in die Verfassung schreiben will. Beim Kampf um die Einbürgerung geht es um die Fragen: Wer gehört dazu? Wer darf hier bleiben? Und vor allem: Wer darf mitbestimmen?

Zum Kampf um das Stimmrecht hat der italienische Philosoph Domenico Losurdo ein spannendes, leider vergriffenes Buch – «Demokratie oder Bonapartismus» – geschrieben. Er beschreibt ihn als einen «Prozess, in dem die subalternen Klassen die Anerkennung ihrer vollen Menschenwürde fordern». Er «beruht auf dem Grundsatz, dass jedes Individuum als Inhaber unveräusserlicher Rechte zu betrachten ist, unabhängig von Rasse, Zensus und Geschlecht.»

Das liberale Demokratie-Märli

Das gängige Narrativ sieht den stetigen Ausbau der Demokratie im Einklang mit der Entfaltung freier kapitalistischer Märkte. Losurdo widerlegt anschaulich diese These der Liberalen und Neoliberalen von «einer spontanen Reifung des liberalen Denkens, das sich fortschreitend einer immer weiteren Ausdehnung des Wahlrechts öffnet». Es waren vielmehr Klassenkämpfe und Massenmobilisierungen, die zur Ausweitung der politischen Mitsprache führten. Und die massgeblichen liberalen Vordenker – von John Stuart Mill bis zu Ludwig von Mises und Friedrich Hayek – standen auf der Gegenseite. Wohl am krassensten die Chicago Boys aus dem Umkreis von Milton Friedmann beim Support der Pinochet-Diktatur in Chile.

Die Kämpfe um mehr Mitbestimmungsrechte verliefen immer wieder in Wellen: Auf Phasen von Emanzipation folgten Phasen der De-Emanzipation. Ein anschauliches Beispiel für De-Emanzipation liefern zurzeit die USA, wo Trump versucht, den bahnbrechenden Voting Rights Act von 1965, der das Wahlrecht der schwarzen Bevölkerung absichert, in Teilen rückgängig zu machen.

1869 - 1918: Referendum, Initiative, Proporzwahl

Einen grossen, schweizweit ausstrahlenden Durchbruch brachte die Massenmobilisierung der Demokraten im Kanton Zürich gegen das «System Escher» mit dem Erlass einer revolutionären Verfassung, die 1869 als Premiere das obligatorische Gesetzesreferendum und die Einzel- und Volksinitiative einführte. Die revolutionäre Stimmung am Ende des 1. Weltkriegs gab 1918 Schub für die Proporzwahl des Nationalrats in der Schweiz und die Einführung des Frauenstimmrechts in Deutschland. Der Sieg über den Faschismus brachte nach dem 2. Weltkrieg den Durchbruch für das Frauenstimmrecht in Frankreich und Italien.

1971: Umschwung beim Frauenstimmrecht

Beim Frauenstimmrecht fand zwischen dem Zweidrittels-Nein der Schweizer Männer von 1959 und dem Zweidrittels-Ja von 1971 ein bemerkenswerter Umschwung statt. Massgeblich dazu beigetragen hat die starke Mobilisierung der 68er- und der neuen Frauenbewegung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte aber auch – wie der Bundesrat in seiner Botschaft explizit festhält – der geplante und 1974 dann vollzogene Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention

(EMRK), der sonst nur mit einem Frauenstimmrechts-Vorbehalt möglich gewesen wäre.

Bundesgericht greift ein

Auch sonst brauchte es immer wieder Druck von aussen. 1990 musste das Bundesgericht intervenieren, um den Frauen im Kanton Appenzell Innerrhoden Zugang zur Landsgemeinde und den Gemeindeversammlungen zu verschaffen. Und es war auch das Bundesgericht, das 2003 die Einbürgerungslotterie an der Urne in Emmen stoppte.

Markanter Röstigraben

Wie schon beim Frauenstimmrecht zeigt sich auch bei den Vorlagen von 1994 und 2004 zur erleichterten Einbürgerung von Angehörigen der 2. und 3. Generation ein markanter Röstigraben: Einer Minderheit befürwortender Kantone in der Romandie und Baselstadt steht eine kompakte Nein-Mehrheit in der Deutschschweiz gegenüber. Hier treffen unterschiedliche Staatsverständnisse aufeinander: in der Deutschschweiz das stärker vom Korporationen- und Genossenschaftsmodell geprägte Denken, das gegenüber dem Einbezug Aussenstehender tendenziell distanziert bis ablehnend reagiert, in der Romandie das sich stark an Frankreich orientierende laizistisch-neutrale Staatsmodell, das eher zur Gleichbehandlung tendiert. Eine Rolle dürfte auch das in Frankreich partiell geltende ius soli (Geburtsortprinzip) spielen.

Njet zum Ausländerstimmrecht

Besonders krass zeigt sich die Divergenz beim Ausländer:innen-Stimmrecht. Während dieses in der Romandie auf kommunaler, zum Teil auch auf kantonaler Ebene Courant normal ist, sind im Kanton Zürich zwei entsprechende Volksinitiativen 1993 und 2013 mit einem Dreiviertel-Nein krachend gescheitert. Die Gegenseite verwies die Initiant:innen dabei regelmässig auf die Einbürgerung als strada maestra zur Mitbestimmung. Um gleich anschliessend neue Hürden gegen die Einbürgerung aufzubauen.

Ein politischer Lichtblick

2005 überlegten wir in einer Arbeitsgruppe der AL, wie wir dem unaufhaltsamen Aufstieg und dem Agenda-Setting der SVP offensiv entgegenzutreten könnten, statt endlos Anti-Blocher-Kampagnen zu führen. Daraus resultierten zwei erfolgreiche Initiativprojekte: «Mehr Fairness bei der Einbürgerung» in der Stadt Zürich, um der SVP das Schweizermacher-Theater im Gemeinderat zu entziehen, und die kantonale Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ausländischer Millionär:innen. Auch die Demokratie-Initiative der Aktion Vierviertel ist ein Versuch, aus der Defensiv-Agenda auszubrechen und in die Offensive zu gehen. In den aktuell eher finsternen Zeiten ist sie ein politischer Lichtblick. Auch wenn sie es schwer haben wird, wie ein Blick auf die Chronologie auf Seite 5 zeigt.

♥ Niklaus Scherr, Redaktionsmitglied

DEMOKRATIE
— INITIATIVE



Chronologie

18. April 1869: Zürich: Neue Kantonsverfassung mit obligatorischem Gesetzesreferendum und Volks- und Einzelinitiative.

19. April 1874: Revision Bundesverfassung: Einführung des fakultativen Referendums (63.2 % Ja).

5. Juli 1891: Revision Bundesverfassung: Einführung der Volksinitiative (60.3 % Ja).

13. Oktober 1918: Bund: Initiative für Proporzwahl Nationalrat mit 66.8 % Ja angenommen.

11. November 1918: Aufruf zum Landesstreik fordert Frauenstimmrecht.

30. November 1947: Kanton Zürich: 64.6 % Nein zum Frauenstimmrecht (Initiative Nägeli).

5. Dezember 1955: Kanton Zürich: 71.6 % Nein zum Frauenstimmrecht (PdA-Initiative).

1. Februar 1959: Bund: Männer sagen mit 66.9 % Nein zum Frauenstimmrecht.

14. September 1969: Stadt Zürich: Ja zum Frauenstimmrecht (65.3 %).

15. November 1970: Kanton Zürich: Ja zum Frauenstimmrecht (61.5 %).

7. Februar 1971: Bund: Männer sagen mit 65.7 % Ja zum Frauenstimmrecht.

4. Dezember 1983: Bund: 44.83 % Nein zur erleichterten Einbürgerung von Angehörigen

der 2. und 3. Generation sowie Flüchtlingen und Staatenlosen. Kanton Zürich sagt Ja mit 50.20 %.

27. November 1990: Bundesgericht erzwingt Stimm- und Wahlrecht der Frauen im Kanton Appenzell Innerrhodens (BGE 116 Ia 359).

26. September 1993: Kanton: 74.53 % sagen Nein zur Initiative «für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene».

12. Juni 1994: Bund: 52.84 % sagen Ja zur erleichterten Einbürgerung von Jugendlichen der 2. und 3. Generation, Vorlage scheitert aber am Ständemehr (10 zu 13).

9. Juli 2003: Fall Emmen: Bundesgericht lehnt Einbürgerungen an der Urne ab (BGE 129 I 217).

3. Oktober 2003: Bund: Revision des Bürgerrechtsgesetzes, Kantone dürfen für Einbürgerungen nur noch «höchstens kostendeckende Gebühren» erheben.

26. September 2004: Bund: 56.76 % Nein zur erleichterten Einbürgerung für Jugendliche der zweiten Generation.

26. September 2004: Bund: 51.63 % sagen Nein zur automatischen Einbürgerung von Kindern der dritten Ausländergeneration bei Geburt.

29. Juni 2005: Zürcher Regierungsrat hebt die einkommensabhängigen Einbürgerungsgebühren, die bis zu 50'000 Franken ausmachen, auf. Pro Person kostet die Einbürgerung 500 Franken.

12. Februar 2007: Kantonsrat lehnt mit 94 zu 56 Stimmen Einzelinitiative Sarisavas für kommunales Ausländerstimmrecht ab.

25. November 2007: Stadt Zürich: 70.1 % sagen Ja zu der vom Gemeinderat unterstützten AL-Initiative «Mehr Fairness bei der Einbürgerung». Damit wird die Einbürgerungskompetenz vom Gemeinderat auf den Stadtrat übertragen.

8. Juni 2008: Bund: 63.8 % sagen Nein zur Einbürgerungs-Initiative der SVP, die Recht auf Einbürgerungsabstimmungen an der Urne wiedereinführen will.

22. September 2013: Kanton: 75.02 % Nein zur Initiative «Für mehr Demokratie» des Vereins «second@s» für kommunales Ausländerstimmrecht auf Antrag.

20. Juni 2014: Bund: Neues verschärftes Bürgerrechtsgesetz: Einbürgerung nur noch mit Niederlassungsbewilligung C, Wohnsitzfrist wird von 12 auf 10 Jahre verkürzt.

17. Juni 2016: Bundesrat erlässt neue Bürgerrechtsverordnung: Kein Anspruch auf Einbürgerung bei Sozialhilfebezug in den letzten 3 Jahren.

12. Februar 2017: Bund: 60.41 % sagen Ja zur erleichterten Einbürgerung auf Antrag von Angehörigen der 3. Generation.

22. Mai 2023: Kantonsrat lehnt Behörden-Initiative der Stadt Zürich für fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene mit 84 zu 82 Stimmen ab.

Raus aus der Defensive

Die Debatte innerhalb der Linken hat sich an der Woke-Frage entzündet. Eine der zentralen Fragen dieser Diskussion ist keineswegs neu: Soll die Linke soziale Kämpfe priorisieren oder sich in erster Linie um individuelle Rechte kümmern? Die Antwort fällt nicht leicht, doch nicht wenige sind überzeugt, dass man an beiden Fronten gleichzeitig kämpfen kann. Cem Kurun – Mitglied der AL, Präsident des Vereins Zürcher Plattformfahrer und Vorstandsmitglied des Vereins «Zürich für die Demokratie-Initiative» – gehört dazu. Wir haben ihn interviewt:



Cem Kurun, in deiner Branche arbeiten fast ausschliesslich Personen ohne Schweizer Pass. Was bedeutet das?

Als traditioneller Taxifahrer sah ich mich gezwungen, ebenfalls für Uber und Bolt zu fahren, weil uns diese Plattformen mit aggressivem Preisdumping die reguläre Kundschaft abgejagt und den gesamten Markt kaputtgemacht haben. In den letzten Jahren habe ich mich intensiv dafür eingesetzt, unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, doch das war schwierig. Die Menschen in dieser Branche erleben eine enorme berufliche Prekarität, zu der noch ein unsicherer Aufenthaltsstatus hinzukommt. Wenn man keine Stimme hat, hört die Politik einem nicht zu.

Warum ist der Zusammenhang zum Bürgerrecht für dich so entscheidend im Kampf gegen diese Prekarität?

Wer in der Schweiz arbeitet und hier Steuern zahlt, muss nach einer gewissen Zeit die Möglichkeit haben, das Bürgerrecht zu erlangen und abzustimmen. Das sollte ein

Grundprinzip einer liberalen Gesellschaft wie der Schweiz sein. Die Stärkung der individuellen Rechte würde ausserdem vielen Menschen helfen, der Prekarität zu entkommen; sie würde dazu beitragen, dass sie sich stärker in die Gesellschaft eingebunden fühlen und weniger Angst davor haben, die Stimme zu erheben, wenn etwas absolut schief läuft.

Hast du dich auch deshalb entschieden, dich für die Demokratie-Initiative zu engagieren?

Samir hat mich ins Boot geholt. Die Demokratie-Initiative verkürzt die Einbürgerungsfristen und erleichtert das Verfahren. Es wird nicht einfach, aber man muss es versuchen und darf beim Thema Rechte nicht ständig in der Defensive verharren.

♥ Mattia Lento, Redaktionsmitglied



Demokratie-Initiative
Lokalkomitees

Wider das digitale Panoptikum



Die kantonalen Gesetzgeber haben sich in den vergangenen Jahren regelmässig zu ausschweifenden Revisionsbestrebungen ihrer Polizeigesetze hinreissen lassen. Gespickt

mit schillernden Schlagwörtern wie der aktuellen Bedrohungslage, automatisierter Fahrzeugfahndung, Informationssystem-Verbund, Serienkriminalität, KI, KI und nochmals KI, gleicht der Drang nach einem ungezügelter Ausbau polizeilicher Überwachungsmittel einem Katz-und-Maus-Spiel mit der Zivilgesellschaft und dem Bundesgericht. Letzteres gebietet den Entwicklungen auf kantonaler Ebene regelmässig Einhalt und erinnert mahnend daran, dass polizeiliche Kompetenzen unabhängig von der heraufbeschworenen Gefahrenlage verhältnismässig und grundrechtskonform ausgestaltet werden müssen.

Nun sind diese Mahnungen abermals am Zürcher Sisypheos, Mario Fehr, und der bürgerlichen Ratsseite abgeperlt und wir sehen uns einem neuen Polizeigesetz gegenüber, welches den digitalen Raum im Kanton Zürich einem Panoptikum gleich umbauen möchte. Von der massenhaften und fast uneingeschränkt zulässigen Datensammlung in öffentlichen sowie geschlossenen Räumen des Internets über die KI-gestützte Auswertung und Verknüpfung der gesammelten Daten bis hin zum automatisierten Austausch der Daten mit praktisch allen polizeilichen Behörden des Landes: Das neue Gesetz stellt einen enormen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung dar.

Da die Lust nach dem Autoritären bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung die Sorgen um die eigene Privatsphäre zu überwiegen scheint, war auch ein Referendum von vornherein aussichtslos. Umso wichtiger ist es, dass die AL sich mit anderen Organisationen der Beschwerde der DJZ gegen die Vorlage angeschlossen hat und eine Überprüfung und Aufhebung der Bestimmungen durch das Bundesgericht verlangt.

Denn intakte und lebendige Grundrechte für alle sind eine Grundvoraussetzung, um der Erosion der Demokratie und dem sich ausbreitenden Autoritarismus entgegenzuwirken.

♥ Premton Haziri, Geschäftsführer Demokratische Jurist:innen Zürich (DJZ) und AL-Mitglied

Kampf der Gisi geht weiter

Am 11. August hat die Immobilienverwaltung der SKKG, die Terresta AG, Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die Bewohner:innen der Gisi eingereicht. Dies obwohl die Bewohner:innen zusammen mit der Häuservernetzung jahrelang für eine langfristige Lösung gekämpft haben. Die Bewohner:innen geben sich nicht geschlagen und halten an ihren Forderungen für den Erhalt der Gisi fest.



Älteste Besetzung der Schweiz

Das Haus an der General-Guisan-Strasse 31 wurde vor 29 Jahren besetzt. Kurz nach der Besetzung wurde das Subcultural-Kollektiv gegründet und im Erdgeschoss eine Bar eröffnet. Seither finden in der Gisi regelmässig unkommerzielle Veranstaltungen statt. Die dafür nötigen Strukturen werden seit jeher von einer grossen Anzahl Menschen ohne Lohn und mit viel Engagement erarbeitet und gestaltet. Mittlerweile ist die Gisi das wohl älteste besetzte Haus der Schweiz. Aufgrund der Dauer ihres Bestehens und der langen kulturellen Aktivität hat die Gisi eine grosse nationale und internationale Ausstrahlung.

Brandschutz als Vorwand

Im Herbst 2025 teilte uns die Stefanini-Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte SKKG mit, sie werde die Gisi im Frühjahr 2026 totalsanieren. Um dieses Bauprojekt

und damit die Räumung der Gisi voranzutreiben, versucht die SKKG seit Anfang dieses Jahres, die Brandkatastrophe von Crans-Montana für sich zu nutzen. Bei einer feuerpolizeilichen Kontrolle des Kulturraums im Februar wurden verschiedene Auflagen gemacht. Darunter die Auflage, dass sich nicht mehr als 20 Personen im Kulturraum aufhalten dürfen. Die Auflagen wurden erfüllt und im Kulturraum finden seither keine Veranstaltungen mit mehr als 20 Personen statt. Dies wurde gegenüber der SKKG bzw. ihrer Immobilienfirma Terresta AG mehrmals schriftlich bestätigt. Trotzdem entschied die Terresta, dass aufgrund der behaupteten Nichterfüllung der Auflagen die Besetzung nicht länger geduldet werden könne. Sie informierte die Bewohner:innen am 17. Juli brieflich, dass sie bis Ende Juli ausziehen müssen. Am 11. August hat die Terresta Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch eingereicht. Somit instrumentalisiert sie feuerpolizeiliche Auflagen, welche sich ausdrücklich auf den Kulturraum im Erdgeschoss beziehen, um die Bewohner:innen zu kriminalisieren und auf die Strasse zu stellen. Doch diese lassen sich nicht einschüchtern und halten an der Forderung nach einem Baurechtsvertrag fest.

Wohnraum für Menschen statt für den Profit

Unsere Wohnungen sind Spekulationsobjekte. Die Bedürfnisse der Mieter:innen sind zweitrangig, was zählt, ist die Rendite. Das Besetzen stellt diese Verhältnisse in Frage. Indem wir uns Raum aneignen, der andernfalls leer steht, durchbrechen wir die kapitalistische Logik, die das Grundbedürfnis nach Wohnraum profitorientiert verwertet. Damit wird ein Raum geöffnet, der nach eigenen Bedürfnissen gestaltet werden kann. Ein Raum, in dem wir uns ohne Konsumzwang treffen, vernetzen und organisieren können. In einer Stadt, die vor allem für Banken, Versicherungen und Pensionskassen gebaut wird, steht die Gisi für eine Stadt, die den Menschen gehört, nicht dem Profit. Wir solidarisieren uns mit allen von der Wohnungsnot betroffenen Menschen. Kämpfen wir gemeinsam für eine lebenswerte und vielfältige Stadt! Gisi bleibt!

♥ Kollektiv Häuservernetzung

Auf dem Buckel der Frauen



Im Kantonsrat wurde nach den Sommerferien die SVP-Motion «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» knapp an den Regierungsrat überwiesen. Schön, wenn

sich die SVP für Frauenrechte einsetzen würde – schöner wäre es, geschähe die nicht in einem verfassungswidrigen und antimuslimischen Kontext. Gerade jene Partei, die die Mittel des Gleichstellungsbüros zusammenstreichen will, führt hier eine Stellvertreterdiskussion über ein Stück Stoff. Um Frauenrechte geht es nicht: Frauen vorzuschreiben, was sie tragen dürfen, widerspricht dem zutiefst.

Verfassungswidrig und kontraproduktiv

Ein Kopftuchverbot für Schülerinnen der öffentlichen Schule verstösst gegen die Religionsfreiheit, ist nicht durch ein öffentliches Interesse zu rechtfertigen und wurde vom Bundesgericht bereits als verfassungswidrig eingestuft. Kommt hinzu, dass auch die Schulpflicht in der Verfassung festgeschrieben ist. Und die Schule ist ein zentraler Ort der Integration. Wer also wirklich etwas gegen Unterdrückung und für Selbstbestimmung unternehmen möchte, der stärkt den

Zugang zu Bildung. Der stärkt Beratungsstellen, Schulleitungen, Lehrpersonen und Sozialarbeitende mit Wissen im Umgang mit religiösen Schüler*innen oder Lehrer*innen. Der unterstützt die muslimische Gemeinschaft, die mit ihren Mitgliedern genau dieses Themen anspricht und diskutiert.

Im Übrigen hat Bildung auch emanzipatorischen Charakter. Wer nun Mädchen wegen religiöser Kleidung vom Unterricht ausschliesst oder unter Druck setzt, erreicht genau das Gegenteil von Integration. Statt Teilhabe zu fördern, werden Ausgrenzung und Parallelwelten verstärkt. Loyalitätskonflikte sind vorprogrammiert. Lehrerinnen wiederum sind der Neutralität der Schule verpflichtet. Das gehört zu ihrem Berufsauftrag. Sie müssen wertfrei unterrichten. An dieser Stelle könnte eine Grundsatzdebatte über religiöse Symbole bei Lehrpersonen geführt werden. Aber das verlangt diese Motion nicht – es geht nur um Frauen und deren Kopftuch. Ungleichbehandlung nach Geschlecht und Religion ist diskriminierend.

Ich wünsche mir für Zürich eine Gesellschaft, in welcher niemand ausgeschlossen wird, in welcher Vielfalt gelebt und akzeptiert wird und die mit all ihren Facetten unsere Gesellschaft widerspiegelt. Nun ist der Ball bei der Bildungsdirektion. Sie ist in der Pflicht, eine gesetzeskonforme Grundlage zum Kopftuchverbot an Schulen auszuarbeiten.

♥ Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin und Regierungsratskandidatin

Endlich gut!



Der positive Entscheid des Bundesgerichts zum Verbot von Business-Apartments und kommerziellen Airbnb-Nutzungen in Wohnzonen gibt der Stadt Zürich einen Hebel in die Hand, Wohnraum für

Zürcher:innen zurückzuholen. Der Stadtrat hat unseren Erwartungen entsprechend schnell gehandelt und die neue Regelung per 1. September in Kraft gesetzt. Was lange währte, wird nun gut!

Ein düsteres Kapitel städtischer Wohnpolitik geht zu Ende

Nach sechzehn Jahren Aufbegehren, Nachbohren und nochmals Nachbohren können wir ein neues Kapitel aufschlagen. Die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung «Nicht-anrechenbarkeit an Wohnanteil» ist in Kraft. Die Zweckentfremdung von Wohnungen für touristische und Business-Zwecke gehört endlich der Vergangenheit an.

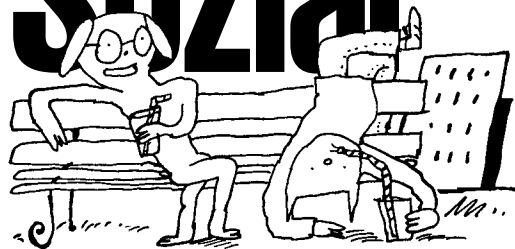
Die Wohnkrise bedarf vielerlei Lösungsansätze. Dieser – unser – Beitrag ist einer davon. – Tschüss Airbnb!

Datensatz überreicht

Neu gilt es, nicht nur im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens aktiv zu werden, sondern auch auf Anzeige hin. Das gibt zu tun! Der Wohnungsmarkt in der Stadt Zürich ist von Tausenden Business-Apartments und Zweitwohnungen unterwandert. In den letzten Jahren konnten wir bei unseren Quartierrundgängen kaum die Türklingeln zählen, deren Beschriftung von einem Namen zu einer Nummer gewechselt wurde. Im Kreis 4 zum Beispiel ist das bei acht Prozent des Wohnungsbestands passiert. Die AL hat dem Stadtrat mehr als 2'200 Adressen überreicht, um diese Herkulesaufgabe anzupacken. Dazu werden in der Verwaltung fünf temporäre Stellen geschaffen, damit die in den letzten Jahren erfolgten Umnutzungen möglichst rasch rückgängig gemacht und möglichst viele der zweckentfremdeten Wohnungen in den regulären Wohnungsmarkt zurückgeführt werden können. Der Stadtrat ist aufgefordert, proaktiv zu bleiben, die erhaltenen Daten zu nutzen und entsprechend zu handeln.

♥ Tanja Maag, AL-Gemeinderätin

Radikal Sozial



26. Mai: AL-Mitgliederversammlung beschliesst Umbenennung von «Alternative Liste» zu «Alternative Linke».

3. Juni: AL-Postulat für acht Ferienwochen für Lernende in städtischen Betrieben überwiesen.

8. Juni: Regierungsrat setzt von AL-Kantonsrätin Judith Stofer mitunterzeichnetes Postulat um und erweitert die Fachstelle Gleichstellung um einen Fachbereich LGBTQIA+.

14. Juni: Deutliches Nein der Stadtzürcher:innen zur AL-Initiative für eine einmalige Bonuszahlung an ewz-Kund:innen.

25. Juni: Bundesgericht stützt das von der AL 2010 (!) lancierte Verbot von Business Apartments und kommerziellen Airbnb in Wohnzonen.

29. Juni: Überweisung des von AL-Kantonsrätin Nicole Wyss mitunterzeichneten Postulats für eine bedarfsgerechte Versorgung von Menschen mit ME/CFS und Long Covid.

30. Juni: Top-Sharing im Regierungsrat: AL-VV nominiert einstimmig Melanie Berner und Nicole Wyss.

4. Juli: Quartiersspaziergang von «Reclaim Wiedikon» zu Business Apartments mit Stapi Golta und Stadtrat Langenegger.

24. August: Beschwerde ans Bundesgericht gegen kantonales Polizeigesetz zusammen mit DJZ und weiteren Akteuren.

9. September: Übergabe von über 2'200 Adressen von Airbnb- und Business Apartments an den Stadtrat.

16. September: AL-Vorstoss für ein Verbot von Aufnahmen mit Kamerabrillen im öffentlichen Raum und städtischen Gebäuden.

21. September: Nicole Wyss verlangt vom Regierungsrat Auskunft über die Situation suchtbetroffener Menschen im Kanton Zürich.

23. September: AL-Postulat für Bevorzugung im Quartier verwurzelter Menschen bei der Vergabe städtischer Wohnungen überwiesen.

Aktuellere Updates sind abrufbar unter: www.al-zh.ch

Seveso ist überall



Ich komme von einem bewegenden Gedenkabend in Meda, Italien, dem früheren Sitz der Icmesa-Fabrik. Hier trat am 10.7. 1976 eine riesige Dioxinwolke aus, die sich vor allem über dem Nachbarort

Seveso niederschlug. Die Katastrophe traf vor allem die Schwächsten: Kinder, deren Gesichter durch Chlorakne entstellt wurden, und schwangere Frauen, die einem stark erhöhtem Risiko von fetalen Fehlbildungen ausgesetzt waren. Tiere starben, Pflanzen gingen ein. Erst die Intervention der Fabrikarbeiter erreichte einen Produktionsstopp.

Die Gemeinschaft von Seveso ist noch immer tief verwundet. Eine Wunde, verursacht vom Schweizer Grosskonzern Roche als Eigentümer der Icmesa. Das Unternehmen fuhr damals die Produktion in der veralteten Anlage unter Missachtung von Sicherheitsstandards massiv hoch und versuchte danach, die Ereignisse zu verharmlosen.

Die Bewohner:innen von Seveso wissen jedoch auch zu kämpfen: Sie verhinderten eine geplante Kehrlichtverbrennungsanlage, in der das kontaminierte Material vernichtet werden sollte. Stattdessen sorgten sie dafür, dass auf saniertem Boden ein Park entstand – der bosco delle querce – der als lebendiges Mahnmal an diese Tragödie erinnert. Seveso ist nicht Vergangenheit, sondern allgegenwärtig.

Wir haben zwar Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz erzielt («Seveso-Richtlinien» der EU) und können die zerstörerischen Folgen der Profitmaximierung für Mensch und Natur nicht mehr schönreden. Aber das ist alles viel zu wenig. Die schmutzigsten und giftigsten Produktionen haben wir aus dem alten Europa ausgelagert, geblieben sind die subtileren, die uns nach und nach vergiften (PFAS nur als jüngstes Beispiel). Seveso ist mitten unter uns, Seveso ist überall. Doch Seveso steht nicht nur für Tragödie, sondern auch für die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften, Widerstand zu leisten und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

♥ Mattia Lento, Redaktionsmitglied

Waffenexport ist keine Sicherheitspolitik

Am 29. November stimmen wir über das geänderte Kriegsmaterialgesetz ab. Vordergründiger Auslöser war der Ukrainekrieg: Deutschland wollte Schweizer Munition an die Ukraine weitergeben. Der Bund lehnte das mit Verweis auf Gesetz und Neutralität ab. Gefordert wurde eine «Lex Ukraine».

Lockerung der Waffenausfuhr

Neu soll die Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt für die 36 – vor allem europäischen – Staaten des «Anhangs 2» der Kriegsmaterialverordnung nicht mehr automatisch ein Grund sein, eine Lieferung abzulehnen. Und eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung wird nicht mehr systematisch verlangt, der Bundesrat entscheidet darüber nach Ermessen im Einzelfall. Fazit: Die Schweiz soll verlässliche Partnerin internationaler Rüstungslieferketten werden, Waffen aus der Schweiz nicht mehr ausgeschlossen sein, weil im Kriegsfall Ersatzteile oder Munition fehlen könnten. Das Absurde: Die Ukraine kann wegen der «Neutralität» weiterhin nicht direkt oder indirekt mit Schweizer Waffen beliefert werden. Gleichzeitig sollen Schweizer Rüstungsfirmen einfacher kriegsführende Staaten beliefern können. Diesen Widerspruch lösen die Bürgerlichen nicht – sie organisieren ihn einfach neu.

Erfolgreiche Rüstungslobby

Die Revision wird als Rettung der angeblich bedrohten Rüstungsindustrie verkauft. 2025 wurden Kriegsmaterialien für 948 Mio Franken exportiert, 43% mehr als 2024. Von Krise kann keine Rede sein. Der Hauptprofiteur ist bekannt: der deutsche Rheinmetall-Konzern, auf den laut WoZ-Rüstungsreport 2025 über 70 Prozent der Exportbewilligungen des Seco entfielen. Aus der «Lex Ukraine» wurde nicht einfach so eine generelle Liberalisierung der Waffenexporte. Im Arbeitskreis Sicherheit und Wirtschaft, laut Swissmem ein «politisches Element der Schweizer Rüstungsindustrie», sitzen Politiker:innen von FDP, SVP und Mitte mit Vertretern der bundeseigenen RUAG, General Dynamics (Mowag) und Rheinmetall (RWS Schweiz AG).

Welche Rolle wollen wir spielen?

Warum soll es überhaupt Ziel der Schweiz sein, im Rüstungsgeschäft konkurrenzfähig zu sein? Nur weil die anderen ein Blutglace essen wollen, müssen wir es nicht auch. Ich bin grundsätzlich dagegen, Waffenproduktion als normales Geschäftsmodell zu behandeln – mit wirtschaftlichem Interesse an Aufrüstung und möglichst wenig Einschränkungen. Das gesellschaftliche Interesse muss das Gegenteil sein: weniger Kriege und Aufrüstung, mehr Stabilität. Doch gerade dort wird gekürzt: 110 Mio für internationale Zusammenarbeit im 2025, weitere 321 Mio verschwanden aus dem Finanzplan 2026–2028.

Welche militärischen Fähigkeiten die Schweiz braucht, können wir demokratisch entscheiden. Private Unternehmen brauchen deshalb keine möglichst grossen Absatzmärkte. Sicherheitspolitik ist keine Standortförderung für die Waffenindustrie. 2025 machte Kriegsmaterial 0.21% aller Schweizer Warenausfuhren aus. Zentrale Systeme wie Kampffjets kaufen wir eh im Ausland. Welche Rolle soll die Schweiz weltweit spielen? Sie hat Erfahrung in Diplomatie, humanitärem Völkerrecht und Minenräumung. Darin soll sie unverzichtbar werden. Mehr Schweizer Waffen machen die Welt nicht sicherer, aber einige Unternehmen reicher.

♥ Gianna Berger, AL-Kantonsrätin



Impressum

Sekretariat Amina Arn, Christian Caspar; Erscheint 4 bis 6 mal jährlich **Auflage Druck** 1800 Ex. Oesch Reliefdruck AG
Layout Amina Arn, Christian Caspar **Redaktion** Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Mattia Lento, Patrik Maillard, Rosa Maino, Niklaus Scherr. Dies ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Linke. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

AL **Alternative Linke** Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch, 044 242 19 45